

Niederschrift

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Gemeinderates am Montag, 05.10.2015,
17:00 Uhr, in Rabes Gasthof, Hauptstraße 28, 26215 Wiefelstede,

Anwesend:

Helmut Stalling	CDU	Ratsvorsitzender
Sylvia Bäcker	UWG	2. stv. Bürgermeisterin
Ralf Becker	UWG	
Hartmut Bruns	FDP	
Heinz-Gerd Claußen	CDU	
Gerold de Boer	B 90/Grüne	
Katharina Dierks	CDU	1. stv. Bürgermeisterin
Ralf Geerdes	SPD	
Lutz Helm	SPD	
Johann Klarmann	SPD	
Enno Kruse	UWG	
Jann Lübben	CDU	
Marco Martens	CDU	
Jens Nacke	CDU	
Tim Oltmanns	B 90/Grüne	2. stv. Ratsvorsitzender
Bärbel Osterloh	CDU	
Jörg Pieper		Bürgermeister
Manfred Rakebrand	SPD	
Dennis Rohde	SPD	
Hans-Dieter Schneider	SPD	
Kirsten Schnörwangen	CDU	
Timo Schröder	CDU	
Irmgard Stolle	SPD	1. stv. Ratsvorsitzende
Günter Teusner	B 90/Grüne	
Jörg Max Thom	B 90/Grüne	
Guido Watermann	UWG	
Jörg Weden	SPD	
Karl-Heinz Würdemann	FDP	

von der Verwaltung

Marcus Aukskel	Fachbereichsleiter Innere Dienste und Bürgerse
Doris Bruns	Protokollführerin
Sigrid Lemp	Fachbereichsleiterin Arbeit, Familie und Sozial
Hans-Günter Siemen	Fachbereichsleiter Bauen und Planen

Öffentliche Sitzung

Gäste

Claus Stölting	Nordwest-Zeitung
Wolfgang Wittig	Der Wiefelsteder
Zeitweise ca. 20 Zuhörer	

Abwesend:

Ratsmitglied

Hartmut Gerdes	CDU	fehlt entschuldigt
Jens-Gert Müller-Saathoff	B 90/Grüne	fehlt entschuldigt
Ursula Potthoff	SPD	fehlt entschuldigt

Öffentlicher Teil

8. Eröffnung der öffentlichen Sitzung und Begrüßung

Ratsvorsitzender Stalling eröffnet die öffentliche Sitzung um 17:20 Uhr und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Herrn Stöltzing von der Nordwest-Zeitung, Herrn Wittig vom Wiefelstede, Herr Friedrich Schmacker als ehemaligen Fachbereichsleiter sowie die weiteren Gäste.

Im Namen des Rates gratuliert der Ratsvorsitzende allen Ratsmitgliedern und Mitgliedern der Verwaltung, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag gefeiert haben, und wünscht ihnen nachträglich alles Gute.

9. Beschlussfassung über die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung

Anträge auf Behandlung von Tagesordnungspunkten in nichtöffentlicher Sitzung werden nicht gestellt.

10. Genehmigung der Niederschrift vom 20.07.2015

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 20.07.2015 wird mit 27 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

11. Einwohnerfragestunde

Herr Ohlenbusch fragt an, welche Bauarbeiten an der Wapelniederung derzeit durchgeführt würden und ob diese Arbeiten auf künftige Windenergieanlagen zurückzuführen seien.

Verwaltungsseitig wird mitgeteilt, dass keine Arbeiten für evtl. Windenergieanlagen bekannt seien. Die Verwaltung werde sich erkundigen und Herrn Ohlenbusch informieren.

12. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde

Der Bericht des Bürgermeisters ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Ergänzend teilt Bürgermeister Pieper zur abgelaufenen Freibadsaison mit, dass die Besucherzahlen aufgrund des unbeständigen Wetters rückläufig gewesen seien. So wurden im Freibad Neuenkrüge mit 4.434 Besuchern 300 Besucher weniger verzeichnet als 2014, in Wiefelstede haben 32.244 Gäste das Freibad besucht, im vergangenen Jahr 32.829 Gäste.

Zu Unterbringung von Flüchtlingen teilt Bürgermeister Pieper mit, dass zwei Informationsveranstaltungen zusammen mit den Kirchengemeinden und den ehrenamtlichen Helfern geplant seien, und zwar in Wiefelstede am Montag, 19.10.2015, 19:00 Uhr in der Mensa der Oberschule in Wiefelstede, und am Montag, 16.11.2015, 19:00 Uhr, in der Aula der Grundschule Metjendorf.

13. Aufnahme der erforderlichen Bauleitplanverfahren zur Entwicklung der Gemeinde Wiefelstede zu einer "autarken Energie-Gemeinde" unter besonderer Berücksichtigung von Photovoltaik und Windenergie

Fraktionsvorsitzender Weden weist eingangs darauf hin, dass dieser Antrag in der letzten Ratssitzung aus formalen Gründen abgelehnt und deshalb für die heutige Sitzung erneut vorgelegt worden sei. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass sich die Gemeinde Wiefelstede einer weiteren Windenergieplanung nicht auf Dauer verschließen könne. Der Öffentlichkeit soll dargelegt werden, wie widersprüchlich mit der Energiewende umgegangen werde und sich die Situation für Wiefelstede darstelle. Grundlage für den Antrag sei ein Antrag der CDU-Kreistagsfraktion aus 2012 der im Kreistag einstimmig (mit den Wiefelsteder Kreistagsabgeordneten aller Fraktionen) verabschiedet worden sei. Beschlossen worden sei seinerzeit die Aufstellung eines Energiekonzeptes Ammerland, in dem folgende Positionen festgelegt wurden:

1. Der Anteil der regenerativen Energien ist auszubauen. Bis 2020 soll der vor Ort erzeugte Anteil am Stromverbrauch von (damals) 19 % auf mindestens 50 % gesteigert werden.
2. Die Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgern (z. B. Bürgerwindparks, Energiegenossenschaften) sind zu erhöhen.
3. Beim Netzausbau sollen Erdkabel bevorzugt werden.
4. Der Landkreis Ammerland soll bis 2033 CO₂-frei sein.
5. Forderung und Förderung einer dezentralen Energieversorgung im Ammerland zu einem autarken Energie-Landkreis.

Des Weiteren sollen Anreize zum Energiesparen geschaffen werden.

Diese Zielsetzungen müssten sich nun auch in der praktischen Arbeit vor Ort wiederfinden. Das Bundesverwaltungsgericht habe in seinem Urteil von 2012 die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Windenergie definiert. Hiernach sei der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen. Die SPD-Fraktion wolle transparent mit einer Windenergieplanung umgehen. Die Ziele seien klar definiert. Wenn der Landkreis autark werden soll, müsse dies auch für die Gemeinden gelten. Wind stelle neben Wasser ökologisch und ökonomisch die kostengünstigste Energie dar. Der Entwurf des Energieerlasses, der dem Landtag zur Beschlussfassung vorliegt, empfehle, 1,4 % der Fläche in Niedersachsen für Windenergien zur Verfügung zu stellen. In anderen Bundesländern liege dieser substanzielle Raum bei 2 %, in Wiefelstede beansprucht die Windenergie zurzeit eine Fläche von 0,11 % des Gemeindegebietes. Als beson-

ders wichtig werde hierbei angesehen, eine Verspargelung der Landschaft zu vermeiden. Dies könne nur durch die Ausweisung von Konzentrationsflächen erfolgen, vorzugsweise in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen. Die Entwicklung zeige, dass die Stadt Varel in Rosenberg an der Gemeindegrenze die Planung vorangetrieben habe und hier vier Anlagen mit einer Blattspitze von je 150 m gebaut werden sollen. Die Gemeinde Rastede habe eine entsprechende Windpotenzialstudie in Auftrag gegeben, die voraussichtlich noch in diesem Jahr abschließend in den Gremien beraten und beschlossen werde. Dann würde die Gemeinde Rastede voraussichtlich auch in dem Bereich vier bis fünf Anlagen aufstellen können.

Es stelle sich auch die Frage, ob in Wiefelstede planungsrechtliche Voraussetzungen für Speichertechnologien geschaffen werden sollen. Für entsprechende Anlagen seien Fördergelder möglich, die somit auch der Ausweisung von Konzentrationsflächen zuträglich wären. Die aus der Studie des Landkreises ausgewiesenen Flächen in Hollen sollen nicht erneut beraten werden. Vielmehr sollen bereits andere geeignete Flächen in Anspruch genommen werden. In Frage kommen auch Flächen im Bereich der Autobahn wie in Bad Zwischenahn an den Gemeindegrenzen. Es gehe nicht darum, Anwohner zu ärgern, sondern um eine Windenergieplanung sinnvoll umzusetzen.

Ratsmitglied Nacke erklärt, dass dieser Antrag nur an den zuständigen Bau- und Umweltausschuss verwiesen werden könne. Der Antrag in der letzten Sitzung sei abgelehnt worden, da dieser zu spät eingereicht worden sei und eine Dringlichkeit für die Aufnahme auf die Tagesordnung nicht festgestellt worden sei. Die Windpotenzialstudie des Landkreises habe gezeigt, dass das Ammerland aufgrund der vorhandenen Struktur nicht wirklich für die Installation von Windenergieanlagen geeignet sei, da die vorhandenen Abstände zu der vorhandenen Bebauung in den meisten Fällen nicht eingehalten werden könnten. Hier seien dann immer Einwohner betroffen. Die Windenergiestudie der Gemeinde Rastede habe noch keine Standorte ausgewiesen. Auch sei noch nicht bekannt, ob, wo und wie viele Anlagen ggf. errichtet würden. Die Studie sei noch nicht beratungsreif. Zu beachten sei auch, dass nur noch wenige Ratssitzungen bis zur Kommunalwahl anstehen. Nach Auffassung der CDU-Fraktion sei ein Handlungsbedarf gegeben, wenn die 20-jährige Bindungsfrist der Einspeisung ablaufe. Klar müsse auch sein, dass mit der Planung von Windenergieanlagen Anwohner betroffen werden.

Fraktionsvorsitzender Bruns erklärt, dass sich die Problematik nicht verändert habe. Schwierig sei es, geeignete Flächen ohne direkte Wohnbebauung zu finden. Sicherlich sei es Ziel, einen autarken Landkreis zu schaffen. Dieses Ziel sei jedoch mittelfristig zu sehen. Derzeit sei die Technik hierfür noch nicht ausgereift. Auch sei eine weitere Studie für die gleichen Flächen wenig sinnvoll. Festzustellen sei, dass eine Energiewende alleine mit Windenergie nicht zu erreichen sei. Vielmehr müssten alle regenerativen Energiequellen einschl. Biogas berücksichtigt werden. Solange nicht klar definiert sei, wo und wie eine Umsetzung erfolgen könne, werde sich die FDP-Fraktion gegen weitere Belastungen für die Bürger, gegen weitere Windanlage und gegen eine Windpotenzialstudie aussprechen.

Fraktionsvorsitzender Becker teilt mit, dass Windenergie alleine nicht ausreichen werde. Daher sei der Antrag zunächst im Fachausschuss zu beraten, wo auch andere Möglichkeiten für eine autarke dezentrale Energiegewinnung beraten werden müssten. Auch Blockheizkraftwerke, Holzhackschnitzelwerke etc. müssten berücksichtigt werden. Diese Fragen seien zunächst zu klären, da es sich um einen sehr umfangreichen Komplex handele.

Ratsmitglied Oltmanns merkt an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag der SPD-Fraktion unterstütze. Seine Fraktion sehe bereits über diesen Zwischenschritt hinaus. Es habe sich gezeigt, dass die Windpotenzialstudie des Kreises so nicht umsetzbar sei. Bis 2033 soll 100 % der Energie regenerativ erzeugt werden. Dies sei nicht nur Ziel des Landkreises, auch der Bundesregierung. Der Netzausbau müsse weiter vorangetrieben werden. Die Gemeinde müsse jetzt tätig werden, sonst laufe die Zeit davon.

Faktionsvorsitzender Weden stellt fest, dass die Gemeinde von der Energiewende eingeholt werde. Es stelle sich die Frage, warum die CDU-Kreistagsfraktion einen entsprechenden Antrag eingebracht habe, wenn bereits im Vorfeld klar gewesen sei, dass dieser nicht umgesetzt werden könne. Auch stelle sich die Frage, was verwerflich daran sei, sich den Planungen der Nachbarkommunen anzuschließen, um Windenergieanlagen an anderen Standorten zu vermeiden. Die Erarbeitung der Potenzialstudie stelle keine vorbereitende Bauleitplanung dar, sondern diene zur Vorbereitung möglicher Bebauungsplanverfahren. Auch gehe die Studie des Landkreises von Anlagen in Höhe von 200 m Blattspitze aus. Bei einer geringeren Anlagenhöhe müssten sich also auch andere Flächen anbieten. Dies müsse die Gemeinde für die weiteren Planungen berücksichtigen können. Vielleicht seien auch gewerbliche Betriebe bereit, die gewonnene Energie für die Betriebe zu nutzen. Klarstellen müsse er in diesem Zusammenhang, dass Biogasanlagen keine Privilegierung wie Windanlagen eingeräumt werde.

Ratsmitglied Nacke regt an, diese Fragen konzentriert in der nächsten Wahlperiode zu erörtern. Er weist darauf hin, dass Landeserlasse nicht unbedingt bindend für die Kommunen seien.

Der Gemeinderat verweist den Antrag der SPD-Fraktion auf Aufnahme der erforderlichen Bauleitplanverfahren zur Entwicklung der Gemeinde Wiefelstede zu einer „autarken Energie-Gemeinde“ unter besonderer Berücksichtigung von Photovoltaik und Windenergie an den Bau- und Umweltausschuss für die Sitzung am 09.11.2015.

Verwaltungsausschuss vom 08.09.2015

**14. Antrag des Vereins "Ammerländer Kindertreff e. V." auf Einrichtung einer Großtagespflege in Metjendorf und Gewährung eines Investitionskostenzuschusses und Beteiligung an den laufenden Betriebskosten
Vorlage: B/0402/2015**

Bürgermeister Pieper erläutert, dass die internen Beratungen die Notwendigkeit von Großtagespflegen unterstrichen hätten. Die Verwaltung vertrete die Auffassung, dass der Investitionskostenzuschuss, der für 2016 eingeplant sei, noch im Haushaltsjahr 2015 außerplanmäßig zur Verfügung gestellt werden soll, damit die Baufirmen bereits mit den Arbeiten beginnen, so dass Anfang 2016 die Großtagespflegen in Betrieb genommen werden könnten. Die Finanzierung für 2015 sei könne sichergestellt werden, für 2016 könne der Betrag ausgeplant werden.

Ratsmitglied Schneider erklärt, dass die SPD-Fraktion die Einrichtung unterstützen werde. Auch der Kreistag werde voraussichtlich der Beschlussfassung der Fachgremien folgen, um für die Kinder optimale Bedingungen zu schaffen.

Ratsherr Würdemann merkt an, dass es für das südliche Gemeindegebiet zu wenig Krippenplätze gebe. Hier müsse so bald wie möglich eine bedarfsgerechte Versorgung geschaffen werden.

Ratsherr Teusner weist darauf hin, dass der Bedarf im südlichen Gemeindegebiet unstrittig sei. Er begrüßt die schnelle Umsetzung des Vorhabens, befürchtet jedoch eine höhere Nachfrage. Dieses Projekt sei einmalig im Ammerland. Die Einrichtung einer Großtagespflege dürfe jedoch nicht langfristig eingeplant werden, um nicht vorhandene Krippenplätze wegfällen zu lassen. Er halte im Übrigen den Standort nicht für optimal, da kaum ausreichend Parkflächen zur Verfügung stünden.

Verwaltungsseitig wird erläutert, dass der Bedarf an Parkflächen rechnerisch erfüllt sei und auch vieles am Verhalten der Eltern liege. Laut Auskunft der Eigentümerin würden einige Mieterparkplätze nicht genutzt, so dass diese ebenfalls zur Verfügung seien. Des Weiteren könnten tagsüber die Parkplätze der „Möwe“ genutzt werden, auch liege das CASA mit seinen Flächen in unmittelbarer Nachbarschaft, so dass seitens der Verwaltung hier weniger Probleme gesehen würden.

Auf Anfrage des Ratsmitgliedes Thom wird verwaltungsseitig mitgeteilt, dass der Kindertagespflege auch Spielfläche zur Verfügung stehe, allerdings nicht vor dem Haus, sondern im seitlichen Bereich bei der Wallanlage. Auch würden aufgrund des Alters der Kinder nicht so große Spielflächen benötigt wie bei Kindertagesstätten.

Alsdann beschließt der Gemeinderat mit 25 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen wie folgt:

- a) **Der Rat der Gemeinde Wiefelstede stimmt zu, dass der Ammerländer Kindertreff e. V. in Metjendorf, Am Mühlengrund, zwei Großtagespflegen einrichtet.**
- b) **Der Rat der Gemeinde Wiefelstede beschließt, dem Ammerländer Kindertreff e. V. einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von bis zu 66.000,00 € zu gewähren. Dieser Betrag wird im Haushaltsjahr 2015 außerplanmäßig bereitgestellt. Zu den laufenden Personalkosten wird im Haushaltsjahr 2016 ein Zuschuss in Höhe von bis zu 10.000,00 € gewährt, in den Folgejahren für die gesamte Dauer von 10 Jahren jährlich bis zu 5.000,00 €**

15. Ernennung des Ortsbrandmeisters der Freiwilligen Feuerwehr Gristede Vorlage: B/0406/2015

Der Gemeinderat beschließt einstimmig wie folgt:

Ernennung des Ortsbrandmeisters der Feuerwehreinheit Gristede

Der Gemeinderat beschließt, Herrn Löschmeister Torsten Hots, geb. am 14.05.1976, wohnhaft in 26215 Wiefelstede, Gristede, Heller Landstraße 5a, für die Zeit vom 15.04.2015 bis zum 14.04.2019 unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortsbrandmeister der Feuerwehreinheit Gristede zu ernennen.

16. Antrag der Freiwilligen Feuerwehreinheit Wiefelstede auf Gründung einer Kinderfeuerwehr
Vorlage: B/0405/2015

Der Gemeinderat beschließt einstimmig wie folgt:

Der Rat der Gemeinde Wiefelstede beschließt, dem Antrag der Freiwilligen Feuerwehreinheit Wiefelstede auf Gründung einer Kinderfeuerwehr nach § 11 der Satzung der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Wiefelstede zu entsprechen.

17. Kommunales Einzelhandelskonzept für die Gemeinde Wiefelstede
Vorlage: B/0414/2015

Ratsherr Schneider merkt an, dass das Einzelhandelskonzept für das gesamte Gemeindebiet die Ausweisung von Einzelhandel im Lebensmittelbereich erfasse. Es habe sich gezeigt, dass die Gemeinde bei der bisherigen Ansiedlung gute Entscheidungen getroffen habe. Das Ergebnis des Konzeptes könne weiter verfolgt werden. In der Abgrenzung der Betriebe würde Netto nicht dem zentralen Versorgungsbereich zugeordnet, die Flächen jedoch in die Berechnung mit einbezogen. Nach seiner Auffassung müsse Netto jedoch aufgrund der Grundversorgung des Thienkamps und des angrenzenden Siedlungsbereiches mit einbezogen werden. Im Ergebnis habe das Konzept festgestellt, in welchen kleineren Rahmen noch Erweiterungsmöglichkeiten bestehen. Die Gemeinde müsse bei der weiteren Entwicklung darauf achten, dass kein Verdrängungswettbewerb entstehe. Vielmehr gebe es den Betrieben die Chance, den vorhandenen Betrieb zu erhalten. Insgesamt sei die Gemeinde im Bereich Lebensmittel gut versorgt.

Fraktionsvorsitzender Becker teilt mit, dass der UWG die Entscheidung nicht ganz so einfach falle. Einige Passagen müssten noch überarbeitet werden. Auch stehe die endgültige Entscheidung des Landkreises noch aus. Er hätte eine abschließende Beratung in der Dezember-Sitzung, wie ursprünglich angedacht, für geeigneter erachtet. Er werde sich der Stimme enthalten.

Fraktionsvorsitzender Bruns merkt an, dass das Konzept die Grundlage bilde, wie sich mögliche Betriebserweiterungen ergeben könnten. Eine Abwägung sei für die Gremien auf dieser Grundlage leichter. Allerdings widerstrebe es etwas, dass hier nur von den Grundzentren Wiefelstede und Metjendorf ausgegangen werde. Dadurch würde sich die Gemeinde binden und eine evtl. Ansiedlung z. B. eines Bioladens verhindern.

Bürgermeister Pieper stellt fest, dass die Gründe für ein Einzelhandelskonzept hinlänglich diskutiert worden seien. Er könne die Bedenken nicht teilen, da eine kleinteilige Entwicklung wie in der Vergangenheit nach wie vor möglich sei. Diese Bereiche wie z. B. ein Bioladen seien nicht tangiert, da sich das Konzept mit einer großflächigen Entwicklung befasse.

Ratsmitglied Teusner erklärt, dass bisher auf das Konzept des Landkreises zurückgegriffen worden sei. Ein eigenes Konzept für Wiefelstede, welches auch nur die Angebot und Nachfrage für Wiefelstede berücksichtige, gebe der Entwicklung mehr Möglichkeiten. Insgesamt würden für Erweiterungen 350 bis 400 m² zur Verfügung stehen. Die Gemeinde müsse jedoch abwägen, nicht gleich den gesamten Umfang an einen Anbieter zu vergeben. Ansonsten stimme die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Konzept zu.

Alsdann beschließt der Gemeinderat mit 22 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen wie folgt:

Der Gemeinderat beschließt das vorliegende „Einzelhandels- und Zentrenkonzept für die Gemeinde Wiefelstede“ als städtebauliches Entwicklungskonzept i. S. d. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB für die zukünftige Bauleitplanung und für zukünftige Abwägungsentscheidungen.

18. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen von den anwesenden Einwohnern vorgetragen.

19. Anfragen und Anregungen

19.1. Ausschreibungsverfahren

Ratsmitglied Klarmann bemängelt, dass bei gemeindlichen Ausschreibungen (Feuerwehrhaus Mollberg, Dringenburger Krug) nicht alle gemeindlichen Firmen zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert worden seien. Es erfolge lediglich eine Beteiligung einiger Firmen.

Bürgermeister Pieper merkt an, dass es sich beim Dringenburger Krug um eine Preisanfrage gehandelt habe. Aufgrund der zeitlichen Abfolge und einer erforderlichen schnellen Reaktion wurden nicht alle Firmen berücksichtigt. Bzgl. des Feuerwehrhauses Mollberg sei eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt worden. Im Übrigen wird eine Prüfung zugesagt.

19.2. Straßenschäden Flohmaxx

Ratsherr Helm erläutert, dass bzgl. der Flohmaxx-Veranstaltungen auf dem ehemaligen Fliegerhorst eine andere Lösung gefunden werden müsse. Für die durch das erhöhte Verkehrsaufkommen entstehenden Löcher in der Straße reiche ein Nachschottern nicht aus. Langfristig müsse über eine andere Möglichkeit der Wegebefestigung nachgedacht werden.

19.3. Fahrbahnmarkierung

Ratsmitglied Nacke spricht die Fahrbahnmarkierung Kiefernstraße/Ofenerfelder Straße an.

Verwaltungsseitig wird mitgeteilt, dass hier nochmals nachgefragt worden sei. Eine Rückmeldung liege ihm jedoch heute nicht vor.

19.4. Mehrzweckgebäude Spohle

Fraktionsvorsitzende Schnörwangen spricht das Mehrzweckgebäude in Spohle an. Hier stehe die Sanierung der Duschräume an. In einem Gespräch mit dem Verein wurde für die Sanierung ein Betrag von 89.000 € veranschlagt, im Haushalt 2016 wurden jedoch nur 30.000 € eingeplant. Angeblich sei dies in Abstimmung mit dem Verein erfolgt. Hier bestehe nach ihrer Auffassung und nach Auffassung des Vereins dringend Klärungsbedarf.

Bürgermeister Pieper stellt klar, dass es eine Absprache zur Höhe der Haushaltsmittel nicht gegeben habe. Vielmehr gebe es eine Kostenschätzung, die bei einem Raumtausch Kosten von 89.000 € ausweise. Seitens der Verwaltung wurde dem Verein mitgeteilt, dass der Sinn eines Raumtausches nicht gesehen werde und daher hierfür keine Mittel zur Verfügung gestellt würden. Die Materialkosten ohne Raumtausch belaufen sich für Fliesen- und Sanitärarbeiten (in Eigenleistung des Vereins) auf rund 30.000,00 Euro, die dem Verein durch die Gemeinde erstattet bzw. zur Verfügung gestellt würden. Sofern der Verein den Raumtausch trotzdem wünsche, werde die Gemeinde die Materialkosten hierfür tragen, die mit 30.000 Euro geschätzt wurden. Sofern diese Mittel nicht ausreichen, habe die Gemeinde die Finanzierung des Restbetrages sicherzustellen.

19.5. Info-Veranstaltungen Flüchtlinge

Ratsmitglied Weden stellt fest, dass die Info-Veranstaltungen zur Flüchtlingssituation reine Veranstaltungen der Verwaltung seien. Die Fraktionen sollten sich zurückhalten.

20. Verabschiedung des Fachbereichsleiters Friedrich Schmacker, Fachbereich II, Arbeit, Familie und Soziales

Bürgermeister Pieper bedankt sich bei Herrn Schmacker für die langjährige Mitarbeit in der Gemeindeverwaltung, wünscht für den nun folgenden Lebensabschnitt alles Gute und überreicht ein Präsent. Ratsvorsitzender Stalling schließt sich den Dankesworten an und überreicht einen Blumenstrauß.

21. Schließung der öffentlichen Sitzung

Ratsvorsitzender Stalling bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit und schließt die öffentliche Sitzung um 18:45 Uhr.

gez. Helmut Stalling
Ausschussvorsitzender

gez.
Fachbereichsleiter

gez. Doris Bruns
Protokollführung

Verwaltungsbericht für die Ratssitzung am 05.10.2015

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrte Ratskolleginnen, sehr geehrte Ratskollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

ein Monat nach Ende der Sommerpause darf ich Sie zu unserer Ratssitzung begrüßen. Begrüßen darf ich hier besonders Herrn Friedrich Schmacker, den wir am Ende dieser Sitzung offiziell verabschieden werden und Frau Sigrid Lemp als neue Leiterin des Fachbereichs II, die heute in dieser Funktion erstmals an einer Ratssitzung teilnimmt.

In meinem letzten Bericht bin ich auf die Hoch- und Tiefbauarbeiten im Auftrage der Gemeinde eingegangen; diese sind größtenteils erledigt. Insbesondere konnten die Arbeiten in den Schulen alle rechtzeitig erledigt werden. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass sich das Schreckgespenst der Brandschutzsanierung im Schulzentrum als nicht so gravierend wie ursprünglich angenommen, herausgestellt hat. Gleichwohl wurde verwaltungsseitig vorgeschlagen, aufgrund der gemachten Feststellungen im Jahr 2016 weitere sicherheitsrelevante Verbesserungen im Schulzentrum vorzunehmen. Die Sanierung des Ratssaales und des Vorraumes befindet sich im Endstadium, so dass die Sitzungen nach den Herbstferien wieder im Rathaus stattfinden werden.

Freibadsaison

Ein Thema, mit dem sich der Rat in seiner heutigen Sitzung noch befassen wird, ist die Einrichtung zweier Großtagespflegestellen in Metjendorf. Die Verwaltung konnte hier im Rahmen vieler Gespräche erreichen, dass nunmehr die baulichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für zwei Großtagespflegestellen in Metjendorf geschaffen werden könne. Auf dem Weg dorthin wird voraussichtlich auch der Landkreis Ammerland, als zuständige Stelle für die Tagespflege, seine Förderung den Erfordernissen von Großtagespflegestellen anpassen.

Den Eltern unter dreijähriger Kinder kann damit im Gemeindefuß ein gutes und flexibles Angebot der Kinderbetreuung gemacht werden. Die Verwaltung geht davon aus, dass nach Fassung der erforderlichen Beschlüsse aller Beteiligten kurzfristig mit dem Umbauarbeiten begonnen werden kann, so dass voraussichtlich ab Anfang 2016 das Angebot zur Verfügung stehen wird.

Das Thema was Bund, Land und Kommunen zunehmend beschäftigt, ist die Situation der Flüchtlinge. Die Anzahl der aufzunehmenden Menschen steigt hierbei tagtäglich, ohne dass hier eine Trendwende in Sicht ist. Von prognostizierten 400.000 Flüchtlinge Anfang 2015 über 800.000 oder 1 Mio im Spätsommer zu heute, nicht bestätigten Prognosen zufolge, 1,5 Mio Flüchtlinge bis Ende 2015 ist die Rede.

Ich will hier gar nicht auf die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern oder auf Einzelmaßnahmen eingehen. Im Ergebnis werden die Menschen auf die Kommunen verteilt, die für die notwendige Unterbringung und Versorgung zuständig sind. Glücklicherweise haben sich auch in der Gemeinde Wiefelstede viele Menschen gefunden, die sich ehrenamtlich um die Flüchtlinge kümmern. Das freut mich als Bürgermeister natürlich ganz besonders. In Anbetracht der Anzahl der noch kommenden Flüchtlinge werden hier noch viel mehr Menschen benötigt.

Die Gemeinde bekommt die Leistungsgewährung grundsätzlich (noch) hin. Zunehmend problematisch stellt sich jedoch die Unterbringung der Flüchtlinge in der Gemeinde dar. Bisher konnte es noch erreicht werden, dass die Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen vorgenommen werden konnte. Das Angebot freier Wohnungen ist in der Gemeinde jedoch begrenzt, so dass die Gemeinde mit diesen Möglichkeiten sich dem Ende zuneigt. Der Umbau des Dringenburger Kruges wird jetzt kurzfristig durchgeführt. Eine Belegung wird noch Ende des Jahres möglich sein.

Die Frage, mit der sich die Verwaltung derzeit beschäftigt ist, welche Vorbereitungen und Entscheidungen sind zu treffen, wenn wir Menschen nicht mehr in Wohnungen unterbringen können. Hier werden entsprechende Szenarien vorbereitet, die die Inanspruchnahme öffentlicher Gebäude einschließt.

Um der Bevölkerung die Situation darzustellen, werden am 19.10.15 in der Mensa im Schulzentrum Wiefelstede und am 16.11.15 in der Aula der Grundschule Metjendorf jeweils um 19.00 Uhr Informationsveranstaltungen durchgeführt. Hier wird die Situation geschildert und Informationen über Möglichkeiten der Unterstützung und Mitarbeit gegeben. Auch werde ich bei dieser Veranstaltung noch einmal dafür werben, der Gemeinde für die Unterbringung von Flüchtlingen Wohnraum zu vermieten.

Jörg Pieper

Bürgermeister